Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 17. März 1926
Mittwoch Abend

Chefredakteure: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R-M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. —:—:— Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif —:—:—

65. Jahrgang
17.3.a Nr. 128 10 Pfennig

Deutschland in Genf nicht aufgenommen.

Die öffentliche Ratssitzung. — Brasiliens Starrsinnigkeit. — Chamberlain lobt Deutschland. — Briand für deutsch-französische Verständigung. Einstimmige Annahme der Vertagung auf September. — Die Studienkommission gewählt.

Sonderbericht der DAZ.

Dr. F. K. Genf, 17. 3.

Die historische Sitzung, die Deutschland in den Völkerbund aufnehmen sollte — und die nun ohne Deutschland stattfindet. Die Krise des Völkerbundes ist auf dem Höhepunkt. Die Reden der Delegierten, durchsitzert von der Konsternation und der Beschämung, daß es nicht möglich war, Deutschland zu seinem Rechte zu verhelfen. Es ist ein eindrucksvolles Erlebnis, wie ein großes politisches Ziel der europäischen Mächte zunichte gemacht wird durch die lächerliche Verfassung auf einen Paragraphen, wie für die Ratsentscheidüsse notwendige Einstimmigkeit, in diesem Falle aus egoistischen Erwägungen eines Staates, der gar nichts mit Europa zu tun hat, in den Gang der europäischen Geschichte entscheidend eingreift.

Was Herr Mello Franco zu sagen weiß, ist überaus dürftig, trotz aller Leidenschaftlichkeit, mit der er die entscheidenden Sätze herausschleudert.

Das Werk von Locarno, wie groß auch immer sein Wert sei, müsse sich in den Rahmen des Völkerbundes einfügen und nicht der Völkerbund in den Rahmen von Locarno. Wenn er damit aber recht hätte, wie kommt es, daß später im Namen aller anderen südamerikanischen Staaten von dem Berichter von Uruguay mitgeteilt wird, daß diese Staaten sich alle Mühe gegeben haben, die brasilianische Intransigenz zu beseitigen. Es stimmt etwas nicht in der parteiischen Gedankenführung von Herrn Mello Franco und die Stimmung der gesamten, mit Elektrizität geladenen Versammlung wendet sich sichtlich gegen ihn.

Chamberlain, der aus den Genfer Verhandlungen mit der größten persönlichen Niederlage herausgeht, spricht mit starker Bewegung und nennt das Polizeispiel dieser zehn Tage eine wahrhafte Tragödie. Immerhin sei beschlossen worden, das Werk von Locarno nicht zu unterbrechen. Deutschland, müsse seinen Platz, auf den es ein Recht hat, einnehmen.

Briand spricht wie Chamberlain den Herren Undén und Benesch den Dank für ihre Nachgiebigkeit aus. Es sindet aber auch in der Tat keine Worte für Deutschland, dem er für seine noble Gesinnung dankt. Er müsse anerkennen, und sich dazu beglückwünschen, daß eine deutsche Initiative zu dem Eintritt Deutschlands führte, das trotz die traurigen Genfer Ereignisse nicht berühren werde. Morgen müsse Deutschland auf den Platz gelangen, der ihm im Völkerbund gebührt. Wir stehen nicht an, diese Worte und in diesem Milieu außerordentlich wirksame Erklärung des französischen Ministerpräsidenten mit Dank zur Kenntnis zu nehmen. Man muß nur hoffen, daß Herr Briand imstande sein werde, diese Politik gegenüber seinem Volke und den französischen Militärs durchzusetzen.

Es folgen die Erklärungen vieler anderer Delegierten, von denen nebensichend ausführlich die Rede ist. Mit stürmischem Applaus wurde vor allem der Delegierte Schwedens, Herr Undén, begrüßt, der sich die größte Sympathie erworben hat. Der Bundesrat Motta fand die stärksten und wirksamsten Worte der Verurteilung für das erbärmliche Verhalten Brasiliens.

Eine neue Situation ist geschaffen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den es nur mit allergrößtem Widerstreben zu tun sich entschlossen hatte, wurde ihm verweigert. Die Verantwortung dafür trägt vor der Welt einzig und allein der südamerikanische Staat, dessen Veto in unerklärlichem Starrsinn aufrechterhalten wurde. Die deutsche Delegation steht in den Augen der West vollkommen schuldlos und in vorteilhaftem Licht da. Ueber das weitere wird noch zu sprechen sein.

Die Vollversammlung.

Sonderbericht der DAZ.

sch. **Genf, 17. 3.**

Gestern Nacht hatte man sich i nder Annahme getrennt, daß es bei der gestern eingetroffenen ausweichenden Antwort Brasiliens bleiben und keine weitere Debatte mehr stattfinden werde. In diesem Sinne war das Programm für heute angelegt; und in diesem Sinne war die Oeffentlichkeit orientiert. In den frühen Vormittagstunden erfuhr man, daß dennoch eine

endgültige Antwort Brasiliens eingetroffen

sei. Lautbar gab die Tatsache vom eingetroffenen Telegramm bekannt, erklärte jedoch, nicht zu wissen, was es enthalte.

Bereits um 9,45 Uhr waren die Tribünen des Reformationssaales überfüllt. Die Straße zeigte sein besonders bewegtes Bild. Auf den Plätzen der Delegationen gab es jedoch viele Lücken, hauptsächlich deshalb, weil um 9,45 Uhr der Rat zu einer geheimen Sitzung zusammengetreten war, der alles mit feierlicher Spannung entgegensah. Die Delegierten, die nicht dem Rate angehören, bildeten Gruppen. Lovcheur sprach lebhaft mit einer Anzahl Neutraler ein, unter denen die Schweiz, Dänemark, Norwegen und andere vertreten waren. Die zweiten Delegierten der Tschechoslowakei und Rumäniens konferierten für sich. Oesterreicher, Ungarn, Bulgaren und Chinesen saßen still auf ihren Plätzen. Um 10,20 Uhr erschien Präsident da Costa auf seinem Platze, gefolgt vom Generalsekretär Drummond. Lebhafte Bewegung ging durch den Saal; man wußte, daß die Beratung beendet sei. Aber es dauerte noch einige Minuten, bis zuerst Undén, hierauf Chamberlain und Briand und dann die anderen Ratsmitglieder im Saale erschienen und sich auf ihre Plätze begaben.

Um 10,30 Uhr ertönten die Hammerschläge des Präsidenten, der die Tagesordnung bekannt gab: Aufnahmegesuch Deutschlands. Er erteilte sodann Herrn Chamberlain das Wort, der namens der politischen Kommission Bericht erstatten sollte. Der englische Außenminister betrat sehr langsam die Rednertribüne und begrüßte zunächst den Vertreter Brasiliens anzahlreich und dann erst auf den Bericht der Kommission einzugehen.

Um 10,35 Uhr betrat

Mello Franco

die Tribüne. Der Vertreter Brasiliens ist als außerordentlich schlechter Redner den Delegierten und der Presse reichlich bekannt. Seine schwache Stimme gestattet fast niemals, seinen Ausführungen zu folgen.

Heute verlas er in höchster Anlegung und in schlecht ausgesprochenem Französisch die Erklärung seiner Regierung. Sie

Mello Franco.

gipfelte darin, daß Brasilien sein Veto nunmehr für unwiderruflich erklärt hat. Mello Franco versuchte das Veto zu begründen; er wies auf die Bedeutung Amerikas in der Welt und die Bedeutung Brasiliens in Amerika hin. Deshalb gehöre Brasilien unbedingt ein ständiger Platz im Rate. Er berief sich auf die bedingungslose Zustimmung seiner Regierung zum Beitritt Deutschlands in Bund und Rat, was beides in der Hauptsache von Völkerbund nicht von einzelnen Regierungen abhinge. Brasilien stelle, bei aller Hochschätzung des Werkes von Locarno, den Völkerbund noch höher und beharre daher bei seiner Haltung. Unter eisigem Schweigen der Versammlung verließ er die Tribüne.

10.45 Uhr begann dann

Chamberlain,

mit dem Vortrage des Kommissionsberichtes. Er erklärte, die Kommission habe einstimmig anerkannt, daß Deutschland alle Aufnahmebedingungen erfüllt habe und angesichts der Bedeutung Deutschlands in der Welt es eine Selbstverständlichkeit sei, daß den Reiche ein ständiger Sitzim Rate gegeben werde. Deutschland habe das selbstverständliche Recht, Garantien zu erhalten, daß es auf Grund einstimmiger Zustimmung in den Rat einziehen könne.

Die großen Schwierigkeiten, auf die die bisherigen Arbeiten gestoßen wären, seien durch die selbstlose Haltung Schwedens und der Tschechoslowakei überwunden worden. Das neu aufgetauchte Hindernis aber könne rechtzeitig nicht überwunden werden, und deshalb seien alle Beteiligten gezwungen, die Vertagung auf September zu beantragen. Im Verlaufe seiner Ausführungen feierte Chamberlain öfter das Werk von Locarno und gab seiner außerordentlichen Befriedigung Ausdruck, daß es trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten in vollee Kraft weiterbestehe.

Die in englischer Sprache frei vorgetragene Rede fand nicht immer den Beifall, den sie sonst gefunden hatte, weil sichtlich der größte Teil der Anwesenden der englischen Sprache nicht genug mächtig war. Die Ausdrucksweise Chamberlains fand bei der auf französische Rhetorik eingestellten Versammlung nicht den vollen Widerhall. Um 11 Uhr betrat

Briand,

lebhaft begrüßt, die Tribüne. Er schloß sich im wesentlichen den Ausführungen Chamberlains an und fand mit seiner trotz sichtlicher Ermüdung eindrucksvoll vorgetragenen Rede weit größeren, oft stürmisch anschwellenden und seine Worte übertönenden Beifall.

Briand betonte ganz besonders, daß das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich glücklicherweise unverändert weiterbestehe und von den unerwartet aufgetauchten Schwierigkeiten ebensowenig gestreift sei, wie das Werk von Locarno. Ohne den Namen Brasilien zu erwähnen, kritisierte er in schärfster Weise die dem Völkerbandgeist widersprechende Haltung dieses Landes, die er als ein glücklicherweise nur vorübergehend bestehendes und nur im Augenblick unüberwindliches Hindernis bezeichnete. Er fand für Deutschland ganz besonders warme Worte und hielt es für notwendig zu betonen, daß der deutsche Beitritt zum Völkerbund noch nie wie aus vollster Ueberzeugung von allen Beteiligten dringend gewünscht werde.

Selbstverständlich betonte auch er die ungestörte Fortdauer des Wertes von Locarno. Außerdem forderte er eine gründliche Reform des Bundes zwecks weitungslosterer Erfüllung seiner Aufgaben. Schließlich formulierte er

folgenden Antrag:

„Der Rat bedauert die Schwierigkeiten, die es nicht erlauben, den Zweck zu erreichen, für den die Bundesversammlung einberufen ist, und hofft, daß sie bis zum September überwunden sein werden, um den Eintritt des Reiches glatt erfolgen kann."

Nach der Rede Briands beantragte Graf Ilsti die Wahl einer Kommission zwecks Durchführung einer Verfassungsreform. Undén gab dem Wunsche der schwedischen Regierung Ausdruck, daß Deutschland im September tatsächlich in den Völkerbund aufgenommen werden möge. Der Vertreter Paraguays verwies besonders auf die Bemühungen der elf südamerikanischen Staaten, die in den letzten Tagen eine einheitliche Aktion geführt hätten, um Brasilien zum Nachgeben zu bewegen. In eindrucksvoller Weise brachte

Der Schweizer Bundesrat Motta

das allgemeine Bedauern zum Ausdruck, daß das große Werk geschettert sei.

Die Versammlung sah zweifellos unter dem Eindruck der Erinnerung an Mottas Auftreten vor sechs Jahren, wo er zuerst und unter heftiger Gegnerschaft des Franzosen Viviani und des Engländers Cecil den Eintritt Deutschlands in den Bund gefordert hatte. Sie spendete gerade seinen Ausführungen den lebhaftesten Beifall, den sie bis zur Stunde genährt hat. In Mottas Rede sind besonders das Lob der Arbeit und deutete, daß im Falle eines allgemeinen Versöhnungswillens die Verständigung zustande gekommen wäre.

Hollands Vertreter

brachte seine Billigung zum Ausdruck, daß der Rat sich bei der Berufung einig gezeigt habe. Er machmalige Scheitern der deutschen Aufnahme würde ein nicht wieder gut zu machendes Unglück bedeuten. Grundbedingung für einen besseren Erfolg im September sei, daß die Studienkommission zu einem befriedigenden Ergebnis gelange, wozu jedoch derselbe Staaten ihren Egoismus zurückstellen müßten. Hierauf beschuldigte Nansen, der erste Delegierte Norwegens, die Großmächte, daß sie sich bei ihren Verhandlungen der alten Geheimdiplomatie und nicht der Organe des Völkerbunds bedient hätten. Hierauf sprach der estländische Außenminister Piip einige Worte, und es betrat der

erste Delegierte Chinas

unter lebhaftem Beifall die Tribüne. Er adelte es, daß für die Beurteilung der Geeignetheit der Staaten für einen Ratssitz gerade ihre militärische Kraft in Betracht gezogen werde, nicht aber ihre wirtschaftliche und geographische Bedeutung. Er schloß sich daher dem holländischen Antrage an und hoffe, daß die Studienkommission nicht nur europäische Staaten in den Rat einsenden werde.

Sodann folgte der Vertreter Rumäniens, der darlegte, daß die Kleine Entente außerordentlich spät von den notwendiger Personalveränderungen in Kenntnis gesetzt worden sei und sie sich demnicht habe, allen an sie gestellten Wünschen zu entsprechen. Der rumänische Delegierte hofft, daß Deutschland im September auf den ihm reservierten Platz im Rate gelangen werde.

Der dänische Gesandte in Berlin, Zahle, schloß sich gleichfalls dem holländischen Antrag an und bezweifle seine Ausführungen mit dem von der Versammlung sofort verstandenen Hinweis, daß die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage nicht auf der Versammlung laste.

Hierauf wurde die Aussprache geschlossen und die Anträge Briands und Ilstis um 12,45 Uhr einstimmig angenommen.

Die Versammlung begann dann mit der Erledigung von Budgetfragen.

Der albanische Antrag, es möge fort über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu einer Sondertagung hierüber allein zuständig sei, wurde nicht beachtet.

Es ist selbstverständlich, daß nach Erledigung der heutigen Sitzungsprogramms diese Frage keinerlei Interesse erregte. Der Sitzungssaal leerte sich außerordentlich schnell. Um 1 Uhr ergriff der Präsident das Wort zur Schlußrede. Er dankte nicht blos den im Saale anwesenden Delegationen, sondern auch der derzeit noch abwesenden deutschen Delegation, von der er hofft, daß sie im September den ihr gebührenden Platz einnehmen wird.

Um 1,15 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

*

Rio de Janeiro, 17. 3.

Die hiesigen Zeitungen bringen über die Stockung in Genf lange Artikel. Die eine Gruppe sieht Deutschlands Haltung als Belastigung für Brasilien an und schlägt vor, Vergeltung zu üben. Drei Zeitungen empfehlen, nötigenfalls deutsche Waren zu boykottieren, um dem Anspruch Brasiliens auf einen Ratssitz Nachdruck zu verleihen. Eine andere Zeitungsgruppe erklärt, Brasilien sollte dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen. Aus seiner Mitgliedschaft beim Völkerbunde erwachse ihm kein Nutzen. Eine dritte Gruppe betont demgegenüber, daß Brasilien auch fernerhin im Genf die weltliche Haltsugel repräsentieren solle.

„Correio da Manha" sagt: „Die Politik des Hasses und der Habgier, die zwischen den Staaten Europas herrscht, verspürt nach und nach die Zivilisation. Wir müssen Schranken gegen eine solche Politik errichten. Argentinien hat sich bereits aus den Völkerbund zurückgezogen, und die Vereinigten Staaten haben sich überhaupt nicht in den Genfer Dunst begeben. Warum bestehen wir darauf, in dieser infizierten Gegend zu bleiben. Besser wäre es, wir fehrten in die reine Luft Amerikas zurück, das sich von der kriegerischen Geistesverfassung in Europa fernhält."

„Jmparcial" sagt: „Deutschland bleibt bei seiner Gewohnheit, eine internationale Vorherrschaft dadurch zu erstreben, daß es Unruhe zwischen anderen Nationen stiftet. Brasilien wird den deutschen Standpunkt entschieden bekämpfen."

„Noticias" schreibt: „Wir fordern unser legitimen Rechte Wenn Deutschland weniger unduldsam wäre, würde es unsere großmütige Behandlung während des Krieges nicht vergessen." Diese Zeitung befürwortet einen Boykott deutscher Waren und tritt dafür ein, daß deutsche Angebote bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten nicht berücksichtigt werden.

Andere Blätter, die an Deutschlands Haltung Kritik üben, geben in ihren Forderungen nicht so weit wie „Noticias".

Enttäuschung in London.

sx. **London,** 17. 3. (Eigenbericht.)

Die Vertagung des deutschen Eintritts in den Völkerbund begegnet überall Enttäuschung. Der von Baldwin im Unterhaus kürzlich erwähnte Auftrag für Chamberlain, in erster Linie für den Eintritt Deutschlands zu sorgen, ist von Chamberlain nicht ausgeführt worden. England sieht, daß sein Aufgenommensein es nicht einmal fertig bekommen hat, die Ansprüche Brasiliens und anderer Länder auszumerzen. „Times" schreibt: „Aus welchem verzweifelten Grunde ist es von so fritischer Wichtigkeit, daß Polen heute einen Ratssitz besitzt? Wenn seine Kandidatur einen solchen Aufruhr erzeugt, warum konnte es seinen Anspruch nicht vertagen, statt Anderen unter großen Kosten zu zwingen, den Weg frei zu machen?" „Times" hat wenig Hoffnung, daß noch im letzten Augenblick die Krise gelöst werde. Das Blatt hält es in diesem Falle zusammenhange für bedeutsam, daß Briand, Rintschitsch und Grandi in Genf sich bereits über die Einzelheiten eines Paktes zwischen Frankreich, Italien und Jugoslawien geeinigt hätten. Nach dem Genfer Berichterstatter des „Times" ist dieser Pakt bereits schriftlich formuliert und richtet sich gegen den Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs. Man hatte lebhaftig den Zeitpunkt für nicht passend gehalten, den Vertrag in Genf zu unterzeichnen und zu veröffentlichen.

„Daily Telegraph" schreibt: „Das ist der elende Schluß eines unglücklichen Kapitels in der Geschichte des Völkerbundes. Es wird in Deutschland einen schlechten Eindruck machen und die Zahl der Feinde des Völkerbundes erhöhen, da man diesen Fall für einen Affront gegen die Würde Deutschlands halten wird. Sechs Monate sind eine lange Zeit, wo alles von Tag zu Tag sich ändert. Wenn die Vertagung auch genug Gelegenheit schafft, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, so bringt sie doch ebenfalls genug Gelegenheit für weitere Intrigen. Es ist jetzt mehr als jemals klar, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat isoliert von jeder anderen Ueberlegung hätte durchführen müssen."

Mit unverhüllter Freude begrüßt der locarnofeindliche „Daily Expreß" den Zusammenbruch. Frankreich könne sich nicht damit beruhigen, daß die verderblichen Ansprüche Polens, Spaniens und Brasiliens als Gegengewicht gegen Deutschland ausgeheilt zu haben. Die Lehre dieser Entwicklung müsse nicht verloren sein, wenn die britische Politik in der Zukunft auf dem soliden Grunde des britischen Empire verankert werde, statt inhaltlosen Traumbildern zu frauen.

Italien betont seine loyale Mitarbeit.

fr. **Mailand,** 17. 3. (Eigenbericht.)

Zeitungsberichte Mailands und Roms in den letzten Tagen dank seiner Unabhängigkeit eine Politik der Vermittlung habe ausüben können. Ein Mitglied der italienischen Delegation erklärte dem „Secolo": „Die Schwierigkeiten sind weder direkt noch indirekt von Italien ausgegangen. Italien hat vielmehr zu jeweigen Lösung der Schwierigkeiten in weitestgehendem Maße beigetragen." Der „Popolo d'Italia" nimmt aber für Italien das Verdienst in Anspruch, den Aufschub der Entscheidung bis zum September zuerst in die Aussprache gebracht zu haben. Der „Secolo" sagt: „Schuld haben alle Beteiligten." Der „Corriere" spricht von der gemeinsamen Front der Mächte von Locarno gegen die übrigen, die im Völkerbundrat sitzen. Der „Popolo d'Italia" wirft alle Schuld auf Deutschland, wie er das immer getan hat, und behauptet, daß die Absage der deutschen Delegation, nochdem sie 10 Tage im Vorzimmer gewartet habe, eine schwere Niederlage bedeutet hätte. Jetzt werde Deutschland im September zurücksehen, und dann mit Polen zusammen in den Völkerbundsrat aufgenommen werden. Die Drohung Brasiliens, gegen den Eintritt Deutschland zu stimmen, nennt der „Popolo d'Italia" durchaus gerechtfertigt. Ein Abendblatt hatte gestern bedauert, daß Brasilien im Gegensatz zu den von einer europäischen Macht unterstützt wurde. Wer das sein soll, wissen wir nicht, es ist aber hervorzuheben, daß die italienischen Zeitungen immer wieder, auch in amtlicher Form, die Behauptung aufstellen, daß Italien stets loyal in Genf mitgearbeitet habe. Die ewige Wiederkehr dieser Erklärung beweist, daß diese loyale Mitarbeit von jeweiligen Seite oder von wechseren Seiten angezweifelt worden ist.

Reichstag und Genf.

Der Widerhall der Genfer Ereignisse in parlamentarischen Kreisen ist zunächst noch gering, da man sich über die Tatsache selbst und ihre Folgen erst allmählich klar zu werden beginnt. Von den Fraktionen des Reichstages hielten vor der Plenarsitzung nur die Deutschnationalen, das Zentrum und die Wirtschaftliche Vereinigung kurze Sitzungen ab. Die Stimmung ist gedrückt. Auch in den Kreisen der grundsätzlichen Gegner der Völkerbundspolitik herrscht kein Frohlocken über die Bestätigung ihrer Anschauungen. Denn niemands kann sich der Erkenntnis entziehen, daß ein vollkommener Richtungswechsel in der auswärtigen Politik trotz des Mißerfolges nicht in Frage kommt.

Der Reichstag, der um 1¼ Uhr zusammentrat, setzte die Einzelberatung des Innenetats fort. Eine Geschäftsordnungsaussprache über die Anträge der Kommunisten und Völkischen auf sofortige Abhaltung einer Genf-Aussprache ist erst für den Schluß der Sitzung zu erwarten.

*

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat für nachmittags 5 Uhr eine Sitzung mit der Tagesordnung: „Genf" anberaumt.

Der Stapellauf der Ostpreußendampfer.

wg. **Stettin,** 17. 3. (Eigenbericht.)

Der Stettiner Hafen zeigte heute ein festliches Gepräge. Sämtliche Schiffe hatten über die Toppen geflaggt. Anlaß dazu bot der Stapellauf der beiden neuen Passagierschiffe, die die Verbindung zwischen Swinemünde und Pillau aufrechterhalten sollen. Es handelt sich um zwei Schwesterschiffe, die mit Unterstützung der Regierung erbaut wurden und gemeinsam vom Nordbeutschen Lloyd und der Braunsch-Gesellschaft betrieben werden sollen.

Zunächst kam auf den Oderwerken der Stapellauf des hier erbauten Schiffes statt. Vertreter der Reichs-, Militär- und Zivilbehörden, der Stadt Danzig, der Stadt Stettin und der Provinz Ostpreußen hatten sich eingefunden. Die Taufansprache hielt an erster der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Siehr, für den Reichsverkehrs- und den Handelsminister der Werft, den Ingenieuren, den Angestellten und Arbeitern den Dank der Regierung für die geleistete Arbeit aussprach. Daran knüpfte er die Glückwünsche seiner Heimatprovinz Ostpreußen und gab seiner Freude Ausdruck darüber, daß es gelungen ist, heute zwei Motorschiffe vom Stapel laufen zu lassen, die dazu bestimmt sind, den Personenverkehr zur See zwischen Ostpreußen und Pommern, und damit zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschen Reiche zu dienen.

Das Schiff wird den Namen „Preußen" erhalten. Dieser Name soll Dokumbl dafür sein, daß das Land Preußen, wenn auch gewaltsam zerstückelt, immer unterenbar zusammengehört.

Hierauf taufte Frau Oberpräsident Lippmann das Schiff. Mit brausendem Hurra lief der Dampfer glatt vom Stapel.

Dann fuhr man zur Bulkan-Werft, wo das Schwesterschiff in den Hellingen lag. Hier hielt der Oberpräsident von Pommern, Dr. Lippmann, die Taufrede. Er gab einen Rückblick auf die ruhmreiche Geschichte Danzigs, das immer treu zum Deutschen Reiche gestanden habe und auch heute, trotz der politischen Trennung, sich als deutsche Stadt fühle. Frau Senatspräsident Sahm-Danzig taufte das Schiff auf den Namen „Hansestadt Danzig".

Aus Anlaß des Stapellaufs hat Reichsverkehrsminister Dr. Krohne an den Oberpräsidenten Lippmann in Stettin, den Chef der Polizeibehörde Danzigs, folgendes Telegramm gesandt: „Der heutige Fall eines doppelten Stapellaufs sei Wahrzeichen unseres unerschütterlichen Festhaltens mit Ostpreußen und der Unlösbarkeit menschlich-kultureller Bande mit alter Hansestadt Danzig. Möge der Stapellauf beider Schiffe Ostpreußen und Hansestadt Danzig in diesem Sinne auf jeder Fahrt erneutes Treugelöbnis bedeuten."

Dem zum Stapellauf entsandten Vertreter der Provinz Ostpreußen Siehr hat der Minister gedrahtet: „Zum Stapellaufe der Ostpreußischen Schiffe herzliche Glückwünsche und Segnung, daß verbesserter Verkehr zu wirtschaftlicher Hebung Ostpreußens beitragen und reiche Gewährung von persönlicher Kenntnis Ihrer schönen Provinz vermitteln möge." Und dem gleichfalls anwesenden Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig sing vom Minister folgende Drahtung zu: „Zum Stapellaufe Motorschiff Hansestadt Danzig wärmste Glückwünsche. Möge Seedienst in Danzig Botenstein stärken, daß das Reich wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Danzig stets pflegen wird."

Botschafter Lindsay in London.

sx. **London,** 17. 3. (Eigenbericht.)

Der englische Botschafter in Konstantinopel ist in London zur Berichterstattung über die zum Stillstand gekommenen Mossul-Verhandlungen eingetroffen. Der erste Sekretär der britischen Botschaft in Berlin, Knox, ist nach Angora versetzt worden als stellvertretender Vertreter des britischen Botschafts in Konstantinopel.

Die Reichsregelung der Grundschulfrage.

Von

Oberstudiendirektor **Dr. Bottermann.**

Die „Organisation zur Verteidigung der Elternrechte" und der „Arbeitsausschuß für die Belange der Elternschaft" haben sich in ähnlicher Weise wie die nachstehenden Ausführungen gegen die ungenügende Handhabung des Uebergangs von der Grundschule in die Sexta erklärt.

Sie hat eine wechselvolle Entwicklung, die Geschichte des Uebergangs von der Grundschule zur höheren Schule, es ist ein Drama, in dessen Verlauf man nicht immer genau weiß, ob man es mehr der tragischen oder der komischen Gattung zuweisen soll. Eins aber zeigt die Entwicklungslinie deutlich, den fortschreitenden Sieg derer, die sich für die Beibehaltung der begabten Grundschulabiturienten eingesetzt haben.

Die einzelnen Stadien des Werdegangs sind nicht ohne Interesse. Am 18. April 1925 erschien das Reichsschulgesetz, betreffend den Lehrgang der Grundschule. Preußen erließ dazu Ausführungsbestimmungen, die eine tiefe Erregung unter Eltern, Medizinern und Pädagogen hervorriefen. Eine große Protestversammlung der Elternschaft fand statt, die wieder mit einer Massenbesprechung der Gegner in der bekannten Versammlung im Großen Schauspielhaus beantwortet wurde. Das preußische Kultusministerium beharrte auf seinem Standpunkt. Die erste Lesung zeigte sich in einer Landtagsrede des Ministers vom 3. Juli 1925, in der in Aussicht stellte, gewisse Härten für körperlich gesundheitlich schwache Kinder zu beseitigen. Aber noch ein Ministerialerlaß vom 3. Dezember 1925 nahm — von dem eben erwähnten Punkt abgesehen — die preußischen Ausführungsbestimmungen zur Grundlage einer Anweisung an die Provinzialschulkollegien, rechtzeitig die entsprechenden Vorbereitungen für die diesjährige Aufnahmeprüfung der Grundschüler zu treffen.

Von da hebt eine Behandlung der Dinge an, die einen besonderen Reiz bot für den, der über das Verhältnis des Reiches und der Länder jowie über das Zusammen- oder auch Gegeneinanderarbeiten der Verwaltungsorgane in beiden Staatsgebilden schon einmal nachgedacht hat. Aus Anlaß der Anweisung des preußischen Kultusministeriums verfügt z. B. das Berliner Provinzialschulkollegium unter dem 27. Januar 1926, daß die Eltern — Grundschullehrer, Rektor, Schulrat — gutachtlich zu den Zulassungsanträgen betreffs Ueberganges von Grundschülern Stellung nehmen. Bereits am 19. Januar aber waren die Vereinbarungen der Länder über die Ausführung des Reichsgrundschulgesetzes fertiggelegt, die in einem einstimmen Gegenzug zu der Verfügung des P.S.K. stehen; veröffentlicht sind die Vereinbarungen allerdings erst am 29. Januar. War es nun wirklich nicht möglich, durch rechtzeitige Zustimmungnahme der in Frage kommenden Organe des Reiches und Preußens zu verhindern, daß abermals leidenschaftliche Erregung und Verwirrung in die Elternkreise getragen wird? Denn die Verfügung des P.S.K. nach der in der Praxis jetzt bereits verfahren worden ist, wird durch die zwei Tage später bekanntgegebene Reichsregelung überholt, zumal ein Erlaß des preußischen Kultusministers vom 7. Februar die Richtlinien der Reichsregelung für Preußen bindend macht.

Aufs neue aber kompliziert sich die Sache dadurch, daß Preußen in diesem Ministerialerlaß eine Interpretation der Reichsrichtlinien gibt, die noch meiner Meinung nicht zulässig ist. Die unter den Ländern vereinbarten Reichsrichtlinien setzen fest, daß erstens über die Zulassung zur Prüfung die Schulaufsichtsbehörde entscheiden soll, daß zweitens die Regierung, in Berlin das P.S.K., daß zweitens die besondere Leistungsfähigkeit des Grundschülers festgestellt sein muß; a) auf Grund der Klassenzeugnisse, b) auf Grund eines ein-gehenden Gutachtens des Grundschullehrers, c) gegebenenfalls auf Grund eines Gutachtens des Schularztes.

Der Erlaß des preußischen Kultusministers aber vom 7. Februar schiebt eine neue Instanz ein: die Stellungnahme des Schulrates. Hier liegt eine entschiedene Abweichung von den Vereinbarungen der Länder vor. Die Folge wird sein, daß Eltern, deren Kinder etwa auf Grund eines solchen Verfahrens in Preußen zurückgewiesen sind, ihren Zulassungsantrag von neuem stellen und ein Verfahren verlangen, das den Vereinbarungen der Länder entspricht.

Die Richtlinien, auf die sich die Länder geeinigt haben, werden im allgemeinen dem gerecht, was billigerweise erwartet werden konnte. Die Interpretation zu den bestimmtesten Ausdruck „im Einzelfall" zieht dieselbe Auffassung, die ich in der „DAZ" vom 7 Mai 1925 unter der Ueberschrift „Am Einzelfall" vertreten habe. Ich erwähne es deshalb nicht ohne ein leises Lächeln, weil sich in der bekannten Versammlung im Großen Schauspielhaus ein heftiges Waffengeklirr erhob, als ich die jetzt Gesetz gewordene Auffassung vertrat. Aber in einem Punkt zeigt die Reichsregelung einen merkwürdigen Mangel. Es wird in den Richtlinien zunächst erklärt, was unter besonders leistungsfähigen Kindern zu verstehen sei: denn nur solche sollen ja vorzeitig übergeben kommen. Sodann wird in einem gleich darauffolgenden Absatzsitz gesagt, wie die besonders Leistungsfähigkeit eines Kindes festgestellt wird, und zwar werden unter a, b, c und d drei Punkte angegeben, von denen a—c bereits oben erwähnt sind;